

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Ihr Antrag unterstellt, dass die alte schwarz-gelbe Landesregierung etwas zur Konsolidierung der Haushaltsfinanzen des Landes beigetragen hätte. – Das ist falsch, meine Damen und Herren, und erkennen Sie es auch als einen Teil dessen, warum Sie am 9. Mai abgewählt worden sind! Wir werden diese Selbstbeweihräucherung von CDU und FDP auf jeden Fall nicht mitmachen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich die Beratung zum Tagesordnungspunkt 3 schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der CDU **Drucksache 15/209** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte sich jemand dagegen aussprechen? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit haben wir den Antrag überwiesen.

Ich rufe auf:

4 Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung „Loveparade Duisburg“

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/216

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Conrads das Wort.

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Knapp mehr als zwei Monate ist es her, dass in Duisburg 21 junge Menschen zu Tode gequetscht wurden: als Besucher einer Megaveranstaltung, bei der vermutlich bei der Planung, der Organisation und der Durchführung schwerwiegende Fehler gemacht wurden, die vielleicht aber auch gar nicht nach Duisburg gepasst hat, aber unbedingt gewollt war.

Die Angehörigen bleiben mit Trauer, Hilflosigkeit, Wut und vielen offenen Fragen zurück. Der OB von Duisburg versucht im Rathaus krampfhaft, wieder zur Normalität zurückzukehren, aber seine politische Verantwortung als Verwaltungschef will er nicht wahrnehmen, obwohl rund 10.000 Bürger und eine Mehrheit des Rates für seine Abwahl votierten.

Die Ausschuss- und Parlamentssitzungen hier haben außer unerträglichen gegenseitigen Schuldzuweisungen nichts gebracht.

(Beifall von der LINKEN)

Die Fraktion Die Linke hat heute hier einen Antrag auf Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses eingereicht. Der Zeitungsbericht von Montag aus der „WAZ“ scheint uns recht zu geben. Da steht: „Streit um abgelehnte Razzia“. Im Artikel heißt es unter Berufung auf Justizkreise, dass die Polizei eine Razzia im Duisburger Rathaus wollte, die ermittelnde Staatsanwaltschaft Duisburg dies aber abgelehnt habe und diese Ablehnung nachher aus den Ermittlungsakten habe tilgen wollen.

Wenn das so wäre, sehr verehrte Damen und Herren, dann wäre das doch ein Skandal und erschütterte die Glaubwürdigkeit der ermittelnden Stellen, allen voran hier der Justiz.

(Beifall von der LINKEN)

Der Justizminister ist im Rechtsausschuss direkt nach einer möglichen Befangenheit der Staatsanwaltschaft Duisburg gefragt worden. Die Antwort war: Zureichende Gründe, ihre Zuständigkeit infrage zu stellen, sind nicht ersichtlich.

Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, aber das bekräftigt doch auch noch einmal die Forderung nach einer parallelen parlamentarischen Untersuchung.

(Beifall von der LINKEN)

Wie wir schon zigmal gegenüber der Presse, aber auch im persönlichen Gespräch gesagt haben: Ein Ausschuss soll die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht ersetzen, sondern es geht darum, der politischen Verantwortung als Parlament gegenüber der Öffentlichkeit gerecht zu werden. Jetzt wird gleich das Argument kommen – vermutlich von allen anderen vier Fraktionen –, der Ausschuss könne überhaupt nichts herausfinden, weil die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen, dass wir keine Akten kriegen etc. etc.

Aber das ist ein Argument, sehr verehrte Damen und Herren, das Sie unreflektiert voneinander übernehmen. Denn Ihnen müsste bekannt sein, dass es in § 14 Abs. 1 des PUAG, also Untersuchungsausschussgesetzes, heißt:

„Die Landesregierung und alle Behörden des Landes sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, sind verpflichtet, dem Untersuchungsausschuss jederzeit Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen zu gestatten, die erforderlichen Aussagegenehmigungen zu erteilen und die Akten vorzulegen.“

Es hat in Untersuchungsausschüssen schon mehrere Fälle gegeben, in denen dem Ausschuss die Ermittlungsakten vorgelegt werden mussten, weil der Ausschuss eben ein Recht darauf hatte.

(Beifall von der LINKEN)

Das haben Gerichte so entschieden.

Im Übrigen können viele unserer Fragen, die wir in unserem Antrag auf einen Untersuchungsausschuss stellen, auch von Dritten wie Sachverständigen beantwortet werden. Wir haben auch viele Fragen gestellt, die erst einmal gar keine strafrechtliche Relevanz haben.

Von Ihnen, von allen vier Fraktionen, ist keiner auf mich zugekommen und hat gesagt: Wir können ja mal über Ihren Antrag reden, und vielleicht können wir da gewisse Änderungen vornehmen. – Keiner!

Vor zwei Wochen nach der erneuten Schlamm-schlacht hier im Plenum haben Sie alle gesagt, dass wir gemeinsam und fraktionsübergreifend weiter an der Aufarbeitung und Aufklärung mitwirken müssen. Hier wurde nahezu einstimmig ein Antrag von der FDP-Fraktion verabschiedet. Ich frage Sie: Wollen Sie sich denn daran halten?

Meine Kollegen von der CDU, Ihr OB, den Sie immer in Schutz nehmen und vor den Sie sich immer stellen, fordert doch selber einen Untersuchungsausschuss. Also!

(Beifall von der LINKEN)

Sehr verehrte Damen und Herren, es bleibt mir hier nichts anderes übrig, als Sie noch einmal nachhaltig aufzufordern, diesem Antrag auf einen Untersuchungsausschuss zuzustimmen. Alles andere muss man so interpretieren, dass Ihnen entweder der Wille oder der Mut fehlt, sich hier der politischen Verantwortung zu stellen und der auch gerecht zu werden, oder aber Sie lehnen ihn ab, weil es ein Antrag der Linken ist, und das würde von politischer Unreife zeugen. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Conrads. – Für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Biesenbach das Wort.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Conrads keilt – mangelnder Wille und was alles. Frau Conrads, wir haben gestern von Ihnen bei dem einen Antrag, bei dem es um den Schutz von Polizeibeamten ging, hier haarsträubende Geschichten gehört.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Haben Sie aus Stuttgart mitbekommen, was da gestern passiert ist?)

Wenn wir die Protokolle haben, werden wir auf Sie zukommen.

(Zuruf von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Was wir jetzt erleben, macht auch wieder deutlich, dass Sie in der Sache vielleicht ein wenig gründlicher arbeiten sollten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sind gründlich!)

Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir unsere Aufgabe darin sehen, alle Fakten ans Tageslicht zu bringen. Davon rücken wir auch nicht ab.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da haben Sie doch gar kein Interesse dran!)

– Ach, Herr Sagel, Sie wissen doch, was wir von Ihren Beiträgen halten. Ersparen Sie sich die einfach! – Nur, die Frage ist, wann.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wann denn?)

Sie haben mit Recht gesagt: Wir verlangen Unterlagen, wir verlangen Protokolle. Wir verlangen alle Dateien, die im Ministerium und bei der Polizei verfügbar sind.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Wenn sie noch verfügbar sind!)

Wir bekämen sie auch jetzt. Da haben Sie Recht. Es gibt aber Menschen, die diese Daten kennen. Es gibt Journalisten, die die kennen, die uns glaubhaft versichert haben: Das, was Sie suchen, steht da nicht drin.

Dann bleibt uns nur die Zeugenbefragung. Wir haben es in zwei Untersuchungsausschüssen hier schon erlebt, dass Zeugen dann, wenn staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren laufen, einfach sagen: Bevor die nicht abgeschlossen sind, sage ich keinen Ton. Jetzt brauchen Sie nur die Bediensteten der Stadt Duisburg zu nehmen: Die haben ein Aussageverweigerungsrecht. Sie brauchen nur die Polizeibeamten zu nehmen: Die haben ein Aussageverweigerungsrecht. Nehmen Sie den Veranstalter: Er hat ein Aussageverweigerungsrecht.

Ich selbst habe mit einigen der Sicherheitsleute, die der Veranstalter eingesetzt hat, gesprochen, die mir gesagt haben: Ja, klar, unter vier Augen können wir gerne miteinander reden, aber öffentlich erst nach Abschluss des Verfahrens. Wenn das die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des Veranstalters sagen, dann wird es den anderen nicht anders ergehen.

Was Sie erzielen könnten, ist eine konstituierende Sitzung. Danach können wir jede Menge Zeugen laden, um sie zu hören – ganz viel Aufwand –, und dann erleben, dass die immer sagen: Ich sage aber nichts. Wenn Sie das nicht glauben, lesen Sie die Protokolle der letzten beiden Untersuchungsausschüsse nach! Da ist das ganz deutlich geworden.

Wir haben nicht gesagt, wir wollen keinen Untersuchungsausschuss.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist so nicht richtig!)

Der Minister sollte sich da nicht freuen. Wir werden den Untersuchungsausschuss, wenn er notwendig wird, zu einem Zeitpunkt einrichten, zu dem die Waffe scharf ist. Jetzt ist es vergeudete Kraft. Jetzt, zu diesem Zeitpunkt, hilft es uns überhaupt nicht. Darum haben wir gesagt: Dieser Augenblick, dieser Zeitpunkt ist der falsche. Wir bleiben dabei.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wann ist denn der richtige?)

– Herr Sagel, machen Sie dann doch in dem PUA mit! Aber das ist Arbeit.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich habe schon in vier PUAs gegessen! Was erzählen Sie denn da?)

Sie werden wahrscheinlich im Ausschuss nie anwesend sein.

(Zuruf)

Es ist ohnehin erstaunlich, dass der Kollege inzwischen so häufig hier ist. Das hat die Fraktion schon gut erreicht. Sonst haben wir ihn ja selten gesehen. Das haben Sie schon ganz gut hingekriegt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich habe hier mehr gegessen als Sie! Das ist eine Unverschämtheit!)

Kommen wir zurück zum Thema: PUA zu dem Zeitpunkt, zu dem die Waffe scharf ist und nicht heute.

Ich möchte aber noch auf etwas anderes zu sprechen kommen; ich habe noch ein wenig Zeit. Frau Conrads, von einem Skandal in der Justiz zu sprechen, was das angebliche Agieren angeht,

(Anna Conrads [LINKE]: Ich habe gesagt, das wäre ein Skandal, wenn es so wäre!)

zeugt auch nur davon, dass Sie über Zuständigkeiten reden sollten. Wenn die Polizei mit einem solchen Aufwand die Durchsuchung fordert – wir werden den Minister im Ausschuss schon danach befragen, woran das Interesse lag und wer darauf eingewirkt hat –, dann ist es natürlich das gute Recht der Staatsanwaltschaft zu sagen: Das ist nicht nötig. Denn Herr des Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft. Und sie alleine entscheidet, wann und wie gehandelt wird.

(Zuruf von Anna Conrads [LINKE])

Wir haben in diesem Land keinen Grund, der Staatsanwaltschaft zu misstrauen. Das weiß auch der Justizminister.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist ein Versteckspiel, was Sie da betreiben!)

Wir haben ihn nicht. Wenn Sie sagen „Das sehen wir völlig anders“, dann ist das wieder Ausdruck desselben Rechtsverständnisses von gestern wie bei der Polizei. Das werden wir auch zu einem Zeitpunkt thematisieren, wenn es ansteht.

Also, heute keinen PUA, sondern dann, wenn notwendig, zu einem Zeitpunkt, zu dem er auch wirksam agieren kann.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die die SPD-Fraktion spricht der Kollege Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich nicht zur fachlichen Qualität des heutigen Einsetzungsantrages auslassen. Aber eine genauere Bezeichnung des Untersuchungsgegenstands und des Zeitraums hätte ich schon von Ihnen erwartet, Frau Conrads. Aber das ist hier heute nicht Thema.

Eigentlich hätte das Parlament heute den PUA eingesetzt, denn in Ihrem Antrag, den Sie heute eingereicht haben, haben Sie das wiedergegeben – es wundert mich jetzt ein wenig, Herr Biesenbach –, was sowohl FDP als auch CDU in den gesamten letzten Debatten jeweils angedeutet haben.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Die FDP, Herr Engel, hat hier im Plenum zweimal hintereinander gesagt: Es wird wohl nicht an einem Untersuchungsausschuss vorbeigehen können. Wir müssen den machen, so leid mir das tut. – So waren sinngemäß Ihre Formulierungen.

Herr Biesenbach, wenn doch einer mit einem Untersuchungsausschuss gedroht hat, dann waren Sie das doch.

(Beifall von der LINKEN – Peter Biesenbach [CDU]: Später!)

In keiner Innenausschusssitzung haben Sie – ja, später – es unterlassen, zu sagen: Wir werden einen Untersuchungsausschuss machen, wenn ...

Dieses „Wenn“ ist bei Ihnen sehr dehnbar. Das haben Sie auch heute wieder gezeigt. Aber was Sie tun: Sie spielen mit den Gefühlen der Menschen in diesem Land, mit den Gefühlen der Verletzten, der Hinterbliebenen, all derjenigen, die dieselben Fragen beantwortet haben wollen, die wir alle beantwortet haben wollen: Wie konnte es zu diesem Unglück kommen? Warum ist das nicht verhindert worden? Wie Sie selber zu Recht gesagt haben: Diese Fragen kann derzeit ein Untersuchungsausschuss nicht beantworten.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege.

Thomas Stotko (SPD): Nur Sie haben es den Leuten ständig eingeredet in den letzten Wochen und Monaten,

(Beifall von der SPD)

sind nach der letzten Plenardebatte zu uns gekommen, zur SPD-Fraktion, und haben gefragt, wer denn bei uns der Ansprechpartner für einen PUA-Antrag sei. Da müssen wir doch auch einmal ehrlich sein untereinander.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Stotko, entschuldigen Sie, dass ich Sie mitten im Redefluss unterbreche: Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Biesenbach zulassen?

Thomas Stotko (SPD): Ja, machen wir es eben. Kommen Sie, Herr Biesenbach. Bringen wir es hinter uns!

Peter Biesenbach (CDU): Herr Stotko, ist Ihnen entgangen, dass wir immer gesagt haben: Wenn notwendig, werden wir ihn einrichten? Nur: Der Zeitpunkt ist dann gekommen, wenn er arbeiten kann.

(Dr. Carolin Butterwegge [LINKE]: In fünf Jahren!)

Wenn Sie den Eindruck haben – das dringt aus Ihren Ausführungen förmlich heraus –, dass der PUA notwendig sei, dann erwarten wir gleich die Zustimmung der SPD. Wenn das nicht der Fall ist, verstehe ich Ihren ganzen Beitrag nicht.

Thomas Stotko (SPD): Herr Biesenbach, offensichtlich haben Sie meinen Beitrag nicht nur nicht verstanden, sondern mir auch nicht zugehört. Ich habe gerade schon gesagt, dass Sie im Vorfeld immer gesagt haben: Wenn nicht das, dann einen Untersuchungsausschuss. Sie haben es immer unter diese Prämisse gestellt. Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, dass die Bürger in diesem Land und die Betroffenen das aber nicht so verstehen, sondern sagen: Jetzt macht doch einen Untersuchungsausschuss!

(Beifall von der LINKEN)

Und das ist der Punkt, den ich Ihnen vorhalte.

Eine Mehrheit wird es für diesen Antrag heute nicht geben.

Liebe Frau Conrads, ich wundere mich schon ein bisschen: Sie haben im Vorfeld der Diskussion um einen PUA hier wie auch im Innenausschuss gesagt: Wir Linke werden den fordern

(Anna Conrads [LINKE]: Haben wir!)

und wir Linke werden auf die anderen Fraktionen zugehen, um mit denen zu sprechen. – Sie haben mit mir kein Wort gesprochen, nicht ein Mal.

(Anna Conrads [LINKE]: Andere Leute haben miteinander gesprochen!)

– Ich kann ja jetzt nur für mich und meine Fraktion sprechen. Sie sind nicht auf mich zugegangen und haben nicht über einen PUA gesprochen.

(Anna Conrads [LINKE]: Die Fraktionssprecher haben miteinander gesprochen!)

Wie Sie das den Leuten erklären wollen, weiß ich nicht. Und wie Sie das den Menschen in Duisburg erklären wollen, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Fest steht: Sie sind die innenpolitische Sprecherin Ihrer Fraktion, haben aber mich als innenpolitischen Sprecher nicht darauf angesprochen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sind doch jetzt nicht beleidigt?)

weder auf die Formulierung eines Antrags, noch darauf, dass Sie ihn einbringen. Erklären Sie das Ihren Menschen in Duisburg.

(Anna Conrads [LINKE]: Sehr gerne!)

Ich muss das nicht tun.

Ihr Antrag, Frau Conrads, umfasst 26 Fragen, über deren Qualität ich mich gerade schon ausgelassen habe. Ich will Ihnen aber sagen: Neun Fragen davon sind bereits beantwortet, zwölf Fragen können Sie Ihrem Oberbürgermeister oder Herrn Schaller stellen.

(Anna Conrads [LINKE]: Den kann man ja auch zitieren!)

Die übrigen fünf Fragen – das wissen wir doch auch – wird das Innenministerium gern beantworten, wenn die Möglichkeit besteht.

Aber dafür brauchen wir doch keinen Untersuchungsausschuss. Dieser Untersuchungsausschuss wird die Menschen in diesem Land nicht nach vorne bringen; denn – Herr Kollege Biesenbach, da haben Sie völlig recht, wir haben es in der letzten Legislaturperiode erlebt – die wichtigsten Zeugen, um die es hier allen Fraktionen geht, werden alle sagen: Wir sagen nichts. – Und dann werden wir den Menschen erneut Sand in die Augen streuen.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Sie streuen Sand?)

Und sie werden uns fragen: Warum habt Ihr denn einen Ausschuss gemacht, der uns die Fragen nicht beantwortet? – Lassen Sie uns gemeinsam die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abwarten.

Und wie immer – daran will ich Sie, Frau Conrads, Herr Biesenbach und, so befürchte ich, auch meine beiden Nachredner erinnern – kommen die, um die es geht, zu kurz: die Toten, die Familien und die Verletzten.

Deshalb hat meine Fraktion am heutigen Tage die Innenausschussvorsitzende gebeten, zur kommenden Sitzung am Donnerstag den Ombudsmann einzuladen, der eingesetzt worden ist. Der soll uns mal berichten, wie es derzeit mit den Ansprüchen

der Hinterbliebenen aussieht, wie es ihnen geht, wie mit ihnen umgegangen wird und welche Ängste sie haben. Das müssen wir hier bewerten, das müssen wir nach vorne bringen, damit diese im Mittelpunkt der Geschehnisse in Nordrhein-Westfalen stehen. Ein Untersuchungsausschuss hilft dabei nicht.

Wir freuen uns, den Antrag als SPD-Fraktion ablehnen zu dürfen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben beim letzten Plenum erlebt, dass es einigen hier im Haus schwer fällt, bei der Love-Parade-Debatte den richtigen Ton zu treffen. Das war nicht gut, das darf sich nicht wiederholen. Mein erster Eindruck ist, dass uns das heute – von einzelnen Zwischenrufen abgesehen – besser gelingt.

Wir sollten bei diesem Thema immer darauf achten – Herr Stotko hat es gerade angesprochen –, worum es geht und worüber wir reden müssen. Es ist natürlich so, dass der Antrag der Linksfraktion – das ist schon an mehreren Stellen durchgekommen – technisch schlecht gemacht ist, der Untersuchungsauftrag nicht korrekt formuliert wird

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Frechheit! Das ist eine Frechheit!)

und auch zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich der Ausschuss wegen der laufenden Ermittlungen spricht: auch aufgrund der Aussageverweigerungsrechte, die sehr wichtige rechtsstaatliche Instrumente sind und die wir alle achten sollten, keinen Sinn hätte. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag natürlich ab.

Aber lassen Sie uns über das sprechen, was bei diesem Thema wirklich wichtig ist, nämlich, dass hier in Nordrhein-Westfalen 21 junge Menschen gestorben sind und über 500 verletzt wurden. Unser ganzes Land hat sehr großen Anteil an dieser Tragödie genommen. Es ist eine Katastrophe, die selbstverständlich der politischen Aufklärung bedarf – unter Ausschöpfung aller politischen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, aber eben zum richtigen Zeitpunkt: Wenn wir den Erwartungen der Opfer, der Angehörigen und der Menschen in Nordrhein-Westfalen gerecht werden können, wenn es tatsächlich um politische Verantwortlichkeiten geht und wir tatsächlich über politische Verantwortlichkeiten reden können.

Natürlich haben wir immer noch jede Menge Fragen und viele, die in diesem Hause immer wieder formuliert wurden. Aber wir sind es nun mal denen, um die es gehen sollte, schuldig, nicht so zu tun, als

könnten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit solch einem PUA etwas erreichen; denn mehr als ein schwaches Signal wäre ein PUA im Moment nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von Hans-Willi Körfges [SPD])

Die letzten Sitzungen des Innenausschusses haben doch gezeigt, wie weit wir sind, nämlich beim Fragenstellen und nicht beim Antwortgeben – noch nicht, wie ich betonen möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber es kann auch nicht sein, dass sich das Parlament zu lange zurückhält. Wir werden natürlich aufklären, wir werden das aufklären, was vor, während und nach der Katastrophe des 24. Juli passiert ist. Wir werden Wege finden, die Aufklärung in geordnete Bahnen zu lenken; denn es muss doch für viele Menschen in diesem Land unendlich schmerzhaft sein, wenn jede Woche irgendeine neue Sau durchs Dorf getrieben wird, weil irgendjemand irgendetwas gefunden hat, womit man irgendjemanden verdächtigen und Schuld verschieben kann. Das sind Vorgänge, die wirklich stark am Rand des politischen Anstands kratzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin ganz optimistisch, dass das Innenministerium weiterhin dem Parlament und dem Innenausschuss die nötigen Informationen geben bzw. uns mit den nötigen Informationen versorgen wird. Ich weiß auch, dass der Minister für unsere Fragen und natürlich auch für kritische Fragen stets offen war.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Aufklärung, meine Damen und Herren, ist nötig, aber nicht so, nicht mit einem gegenwärtig zahnlosen Untersuchungsausschuss. Wir wollen doch alle wissen, warum am 24. Juli passieren konnte, was passiert ist. Da geht es uns nicht anders als den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern hier in Nordrhein-Westfalen, von denen viele noch immer nicht fassen können, dass eine solche Katastrophe auch in diesem Land geschehen kann.

Lassen Sie uns also den richtigen Zeitpunkt treffen. Lassen Sie uns – das ist mir besonders wichtig – den richtigen Ton treffen und lassen Sie uns stets im Auge behalten, worum und um wen es hier wirklich geht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die FDP spricht jetzt der Herr Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gehört schon zum Selbstverständnis dieses Parlamentes – ich wiederhole mich hier und auch mit dem, was ich im Innenausschuss gesagt habe –, dass wir das

schärfste Schwert, nämlich die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, nicht aus der Hand legen. Ich stimme meinen Vordnern nur insoweit zu, dass man tatsächlich über den Zeitpunkt streiten kann. Es darf aber auch keine Verschiebung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag geben.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Stotko und Herr Jäger als Innenminister, ich bitte Sie, die Sie PUA-Erfahrung aus der letzten Legislaturperiode oder von davor haben, über eins nachzudenken: Dieser mögliche PUA unterscheidet sich fundamental von dem, was Sie bisher in solchen Ausschüssen erlebt haben.

Sie mussten nämlich – Entschuldigung – „Akten fressen“. Dieser schreckliche Vorfall jetzt mit 21 Toten und mehr als 500 Verletzten ist auf Bildern dokumentiert, die jedermann zugänglich sind. Das ist eine völlig andere Ausgangsposition.

Bei allem, was ich Ihnen, Herr Jäger, als Innenminister zunächst gutgeschrieben hatte, dass Sie sich nämlich wirklich bemühen wollen, aufzuklären, muss ich heute sagen: Sie machen genau das, was wir bislang kennen, nämlich Wagenburg, geben nur das zu und räumen nur das ein, was ohnehin schon durch mühevollen Arbeit, das Auswerten von Bildern, die Recherche von Zeitungen öffentlich ist. Genauso gehen Sie vor.

Ich erinnere mich noch sehr genau, dass wir ein Briefing der Obleute im Innenministerium hatten. Ich hatte meinen Urlaub unterbrochen. Wir waren alle vollzählig. Beim allerersten Mal, als es um Ihre persönliche Beteiligung ging, haben Sie mit nur einem klitzekleinen Halbsatz – es waren, glaube ich, vier Worte, die man hätte überhören können, wenn man nicht die ganze Zeit total aufmerksam gewesen wäre – darauf hingewiesen, dass Sie auf dem Veranstaltungsgelände waren. Am Ende haben wir das dann dank der Live-Bilder des „WDR“ und des Mitschnitts thematisiert und konnten sehen, dass Sie tatsächlich auf dem Gelände waren. Das haben wir inzwischen hinterfragt.

(Sören Link [SPD]: Was haben Sie denn daraus für einen Erkenntnisgewinn gezogen, Herr Engel?)

– Herr Link, wir wollen die Zeit nutzen. Wir haben noch eine Innenausschusssitzung, dann gehen wir in die Herbstferien. Wir wollen in der nächsten Woche im Innenausschuss weitere Fragen beantwortet bekommen.

Wir haben der Innenausschussvorsitzenden Monika Düker und dem Innenminister gestern Abend einen weiteren Fragenkatalog von etwa sechs oder sieben Seiten vorgelegt. Das Neue ist: Wir haben uns die Mühe gemacht, eine Bilddokumentation beizufügen, 45 Seiten aus dem Internet. Jeder kann das nachvollziehen. Das sind so ge-

nannte Screenshots, die wir auf Papier gebracht haben. Wir haben versucht, unsere Fragen daran festzumachen, damit auch der nicht so in der Materie stehende, geneigte Leser oder Interessierte mit den Bildern und den Texten dazu etwas anfangen kann. Das haben wir gestern Abend ins Verfahren gebracht.

(Beifall von der FDP)

Nächste Woche im Innenausschuss wollen wir hören, was es zu der einen oder anderen Geschichte, die noch offen ist, zu sagen gibt.

Herr Kutschaty, jetzt sind Sie, der ich Sie persönlich sehr schätze, gefragt: Es kann doch nicht sein, dass der Kölner Kripochef, Wagner, nach Duisburg zur Staatsanwaltschaft fährt und dort persönlich interveniert, dass dem Durchsuchungswunsch der verfahrensführenden und -unterstützenden Polizei nachgekommen wird. Wenn es stimmt, was der „Focus“ schrieb, dass – den Vorbehalt muss ich machen – angeblich die Staatsanwaltschaft darauf gedrängt habe, dass dieser Wunsch der Kripo aus den Akten getilgt wird ...

(Zuruf von der LINKEN: Herr Stotko hat das auch gesagt!)

– Ich bin gespannt. Ich komme zum Ausgangspunkt zurück: Die Republik schüttelt doch nur den Kopf. 21 Tote, mehr als 500 Verletzte waren wie eine Heimsuchung in unserem Land. Es sind auch unsere Opfer, Opfer der in Verantwortung stehenden Beteiligten. Das muss man doch so sehen.

Ich wiederhole: Das Motiv muss aufgeklärt werden. Es geht zum Beispiel um die Eltern, die vor die Frage gestellt werden, ob sie in Zukunft ihren Kindern empfehlen können, an einer solchen oder einer ähnlichen Veranstaltung teilzunehmen oder es zu riskieren, dass sie wieder in ein Gelände kommen, das überhaupt nicht geeignet ist und damit in einer Mausefalle landen. Deshalb muss aufgeklärt werden.

(Sören Link [SPD]: Dann fragen Sie doch einmal die dafür Verantwortlichen!)

– Herr Link, Ihr Selbstverständnis und unser aller Selbstverständnis zwingt uns dazu. Nur können wir heute Ihrem Antrag nicht zustimmen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Engel, Ihre Redezeit!

Horst Engel (FDP): Wir werden uns enthalten. Wir sagen nicht nein dazu, weil wir es von der Sache her ähnlich sehen. Wir wollen noch den Untersuchungsbericht des Polizeipräsidiums Essen abwarten. Der Innenminister hat Essen beauftragt, die Einsatzkonzeption der Polizei zu hinterfragen. Das Dokument wollen wir haben. Es soll im Oktober

kommen. Das ist nicht mehr lange hin; dann sind wir aus den Herbstferien zurück.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Engel!

Horst Engel (FDP): Und dann kommt die Zeit, in der wir auch diesen Einsetzungsbeschluss zu fassen haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung zum Tagesordnungspunkt 4 schließen und zur Abstimmung kommen kann:

Die antragstellende Fraktion Die Linke hat um direkte Abstimmung gebeten. Wir stimmen damit direkt über den Inhalt des **Antrag Drucksache 15/216** ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU. Wer möchte sich enthalten? – Die FDP. Damit stelle ich fest, dass der Antrag mit dem eben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt** worden ist.

Weiterhin stelle ich fest, dass damit auch das in § 2 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes genannte Quorum für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von einem Fünftel – das sind 37 Abgeordnete – der gesetzlichen Zahl der Mitglieder nicht erreicht wurde und damit auch ein Untersuchungsausschuss nicht verpflichtend einzusetzen ist.

Ich schließe die Beratung zum Tagesordnungspunkt 4 insgesamt und rufe auf:

5 Fragestunde

Drucksachen 15/227, 15/254, 15/255, 15/256

Die Mündlichen Anfragen 3 und 5 sind aus der letzten Fragestunde in diese Fragestunde überwiesen worden. Die Mündlichen Anfragen 7 bis 11 sind neu eingereichte Fragen. Außerdem liegen Ihnen drei Dringliche Anfragen mit den Nummern 12, 13 und 14 vor, die als Drucksachen 15/254, 15/255 und 15/256 verteilt worden sind.

Nach den Richtlinien für die Fragestunde werden Dringliche Anfragen zu Beginn der Fragestunde aufgerufen und gehen somit allen anderen Fragen vor.

Deshalb rufe ich zuerst auf die

Dringliche Anfrage 12

des Herrn Abgeordneten Brockes von der Fraktion der FDP.

Unterstützt die Landesregierung die Einführung einer verfassungswidrigen Steuer?

Nachdem das Ministerium für Inneres und Kommunales und das Finanzministerium die „Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln“ genehmigt und damit die sogenannte „Bettensteuer“ landesweit zugelassen haben, berichtet die „Bild“ am 28. September 2010, dass die Landesregierung selbst erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der neuen Bettensteuer hat. Gegenüber dem Kassen- und Steueramt der Stadt Köln weist sie darauf hin, dass die Steuer gegen Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts verstoßen könnte. Der Ausgang möglicher Klagen gegen die Steuerbescheide sei nicht sicher vorhersehbar.

Angesichts der erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken, die auch innerhalb der Landesregierung gegen die Einführung einer Bettensteuer bestehen, ist es unverantwortlich, diese Steuer landesweit zuzulassen. Anstatt die Kommunen noch weiter zu ermuntern, eine mit enormen rechtlichen Risiken behaftete Steuer einzuführen, ist es Aufgabe der Landesregierung, die Kommunen umgehend und umfassend über die verfassungsrechtlichen Risiken zu informieren und so Schaden von ihnen abzuwenden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum die Landesregierung die Einführung einer mit erheblichen rechtlichen Risiken behafteten Steuer unterstützt.

Ich bitte Herrn Minister Jäger um Beantwortung.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zur Dringlichkeit dieser Frage. Sicherlich ist dem Parlament noch erinnerlich, dass wir vor zwei Wochen hier im Plenum die Frage der Kulturförderabgabe in Köln intensiv beraten haben. Die Thematik steht in der nächsten Woche auf den Tagesordnungen des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie des Ausschusses für Kommunalpolitik und wird auch im Haushalts- und Finanzausschuss behandelt.

Es gibt also aus unserer Sicht reichlich Gelegenheit, dieses Thema mit den Ministerien und ihren Häusern zu diskutieren und die neue Steuer zu überprüfen.

Zum Sachverhalt selbst will ich Folgendes sagen: Mein Kollege Walter-Borjans und ich haben die Satzung der Stadt Köln zur Erhebung dieser Kulturförderabgabe genehmigt. Ich hatte bereits vor zwei Wochen hier im Plenum anlässlich der Diskussion